## STADT NÜRNBERG

## "Das ist Enteignung"

Anlieger klagen gegen Straßenausbaubeiträge

**VON ULRIKE LÖW** 

Abgezockt von der Stadt? In Fischbach und Großreuth bei Schweinau hagelt es Proteste. Die Anwohner wehren sich gegen Straßenbaubeiträge und ziehen vor Gericht.

Sieben Jahre warteten die Anwohner von vier Straßen im Nürnberger Stadtteil Fischbach darauf, dass Fahrbahnen und Gehwege wieder gerichtet wurden – dabei war der Kanalbau bereits im Jahr 2004 abgeschlossen. Nach dieser Hängepartie folgte im April 2011 die Rechnung: 68 Anwohner sollen bezahlen.

Im Fall von Jürgen Jordan und seinem Mitstreiter Ernst Rupprecht würden jeweils dreieinhalbtausend Euro Straßenausbaubeiträge fällig, die beiden sammelten Unterschriften. Ihnen geht es ums Prinzip: Schließlich wurden die betroffenen Straßen von den Versorgern (Gas, Wasser und Strom) aufgegraben und ruiniert. Anfangs pflichtete ihnen Bürgermeister Horst Förther bei: Es sei richtig, dass die Versorger nach dem "Verursacherprinzip" die Kosten für die Sanierung zu tragen hätten. Doch: Die Kosten für die Bürger seien nicht durch die Wiederherstellung der Straße entstanden. Vielmehr habe die Fahrbahn einen verbesserten Aufbau erhalten.

(KAG) sieht vor, dass Bürger bei Verbesserungen an Straßenausbaukosten sich "grob benachteiligt", so Werner eine Wiederherstellung können dage- steinstraße keine Gasse in einem

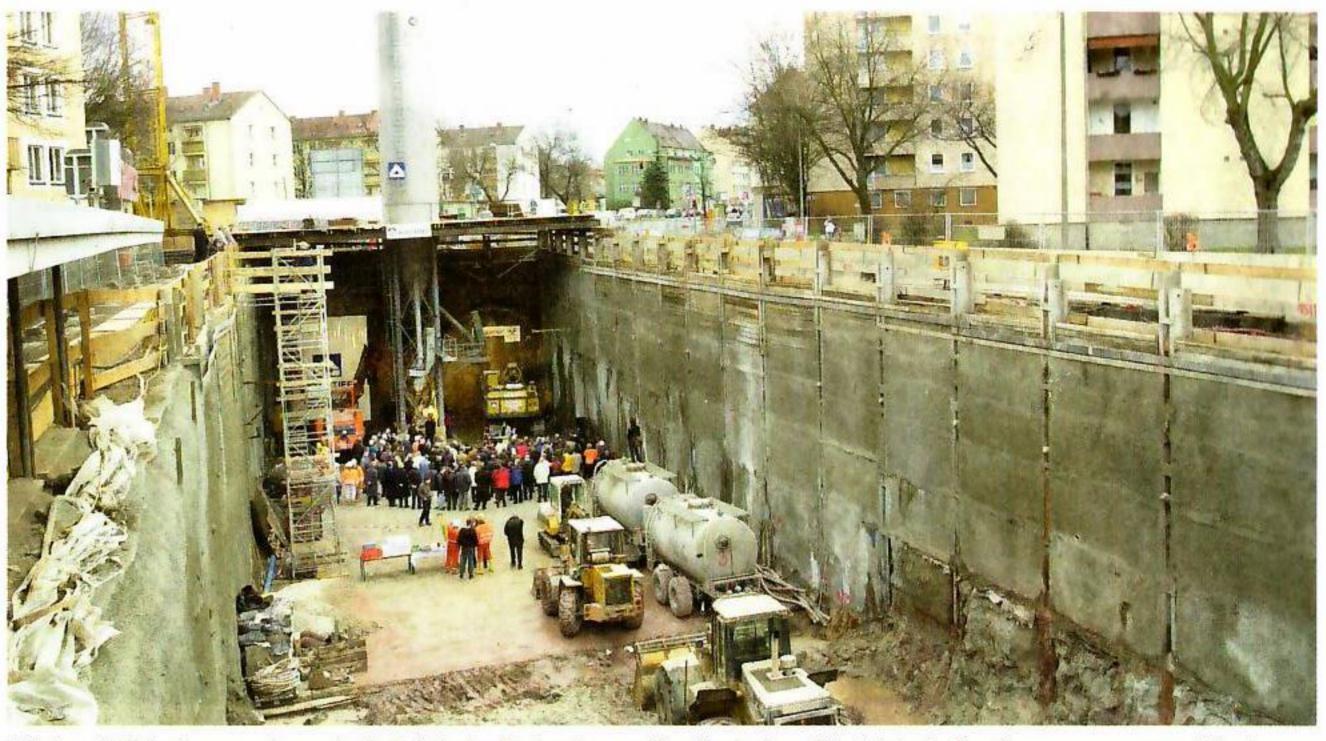
ist das Problem bekannt: Christian Dormeier, tätig in der Abteilung Straßenplanung/Bau, spricht von Missverständnissen: Es sei "immer schwierig", den Bürgern "den technischen Sachverhalt klarzumachen", denn zu sehen sei ja nur "die Asphaltdecke". Doch Fakt sei, dass gerade in Fischbach der Unterbau der Straße mit mehr Schotter als vorher frostsicherer konstruiert und verbessert wurde.

## Verärgerte Fischbacher

Die verärgerten Fischbacher wollen dies nicht hinnehmen. Ernst Rupprecht erinnert sich, dass die Straßen jahrelang nur notdürftig geflickt wurden. Der Unterhalt wurde vernachlässigt, daher wurden die Schäden mit der Zeit immer größer.

Auch in der Wallenstein- und in der Rothenburger Straße im Stadtteil Großreuth wehren sich Haus- und Grundstückseigentümer gegen Straßenbaubeiträge, heute beschäftigt ihre Klage gegen die Stadt Nürnberg das Verwaltungsgericht Ansbach. Hil-de und Norbert Vatter sowie Werner und Renate Kammerer sprechen von "Enteignung", sie meinen: Das KAG verstößt gegen das Grundgesetz – mit dieser Sichtweise sind sie nicht alleine. (Siehe Bericht unten)

Nach dem Bau der U-Bahnlinie 3 sanierte die Stadt für rund 750000 Diese Formulierungen haben es in Euro die Wallensteinstraße teilweise.



Mit dem U-Bahnbau wurde auch ein Stück der Rothenburger Straße saniert. Obgleich die Straße vom gesamten Nürnberger Westen genutzt wird, werden nur 40 Anlieger mit Straßenausbaubeiträgen zur Kasse gebeten. Foto: Karlheinz Daut

die durch den Main-Donau-Kanal im Rechtsamt der Stadt Nürnberg, und die Südwesttangente voneinander getrennten Stadtteile Gebersdorf Verwaltungsgericht beantragen, die und Großreuth. "Auch Pendler aus Klage abzuweisen. Die Bescheide den Randgemeinden nutzen die seien rechtmäßig: 150000 Euro Kos-Straße - wieso sollen 40 Anlieger ten für die Fahrbahn, für Parkfläallein die Zeche zahlen?"

sich: Das Kommunale Abgabengesetz An dieser Investition sollen die Anlie- tern besonders übel aufstößt: In der ger beteiligt werden, daher fühlen sie Rothenburger Straße sitzt auch die wbg Nürnberg GmbH, an dem Wohbeteiligt werden dürfen, Kosten für Kammerer. Schließlich sei die Wallen- nungsbaubetrieb hält die Stadt Nürnberg eine kommunale Beteiligung. gen nicht umgelegt werden. Im Ser- Wohngebiet, sondern eine der wich- Doch an diese Adresse ging kein nahme auf die wbg Nürnberg GmbH vicebetrieb Öffentlicher Raum (Sör) tigsten Verkehrsachsen der Stadt. Sie Bescheid samt Rechnung für Straßen-

ist Autobahnzubringer und verbindet baubeiträge. Verena Militzer, Juristin sieht dies anders - sie wird vor dem chen, Gehwege, Beleuchtung und Ent-Was Kammerer und seinen Mitstrei- wässerung könnten auf die Anwohner anders: Es sei Aufgabe der Stadt, die umgelegt werden, der Beitrag pro Quadratmeter beträgt knapp sieben Euro, im Fall der Familie Kammerer sind dies 1718,47 Euro.

Von einer angeblichen Rücksichtkönne keine Rede sein. Überdies sei

die Baumaßnahme in der Wallensteinstraße nur deshalb in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau erfolgt, weil die Straße nach 40 Jahren verschlissen sei. Sinnvollerweise wurde die Erneuerung zeitlich mit dem U-Bahn-Bau durchgeführt.

Die Anwohner sehen auch dies Verkehrssicherheit aufrechtzuerhalten – und langfristig mache sich Straßenpflege bezahlt. Doch: Laufende Instandhaltungsmaßnahmen gehen auf Kosten der Stadt. Sanierungen können auf die Anwohner umgelegt (Siehe StandPunkt S. 10) werden.

Nicht nur in Nürnberg protestieren die Anwohner gegen Straßenbaubeiträge: Beim Bundesverfassungsgericht liegen Beschwerden gegen die Gebührenbelastung vor.

"Allgemeine Verein Kommunalabgaben in Deutschland" mag sich einen sperri-

## Verfassungsbeschwerden gegen Gebühren

Straßenausbaubeiträge lösen quer durch die ganze Republik Proteste der Anlieger aus

aus ganz Deutschland. So hat eine

(http://www.avgkd.de) des Vereins lung: Einige wenige Hauseigentümer Staatsaufgabe" zu betrachten, die finden. Die Beschwerden kommen würden, nur weil sie Grundstücke an ausgebauten Straßen besitzen, mit Auffassung der Kläger. gen Namen gegeben haben, doch der Bürgerinitiative aus Schleswig-Hol- Straßenbaubeiträgen belastet -Protest fällt deutlich aus: Die Rede stein eine Verfassungsbeschwerde dabei würden Straßen von der All- Koblenz beschäftigt das Bundesver-

aus Steuern zu finanzieren ist, so die

Eine rechtliche Entscheidung ist frühestens Ende des Jahres zu erwarten - doch das Thema beschäftigt längst auch die Politik. So sollen Berliner Anlieger für den Straßenausbau künftig nicht mehr zahlen. In ihrer Koalitionsvereinbarung haben SPD und CDU im Herbst 2011 die Abschaffung des umstrittenen Und auch das Verwaltungsgericht Straßenausbaubeitragsgesetzes beschlossen.